

Heinrich Lummer

Müntefering, Die Spenden - Der Skandal - Der "SPD-General"

Vorwort

von Joachim Siegerist, Vorsitzender der Deutschen Konservativen e. V.

Ganz offen: Ich mag den Mann nicht

Nach außen möchte er am liebsten wirken als der "Gerade, der Klare aus dem Sauerland". Aber in Wahrheit ist er kaum durchschaubar. Er möchte wirken, wie ein braver Parteisoldat, der sich von der Pflicht nur schieben läßt und absolut loyal ist. Aber in Wahrheit ließ er seinen Förderer, den früheren SPD-Chef Scharping ohne Wimpernzucken für den Königsmörder Lafontaine im Stich. Als es Lafontaine an den Kragen ging Abmarsch Richtung Schröder. Vom Schraubenverkäufer für Thermostate und andere Eisenprodukte zum zweitmächtigsten Mann der Partei nach Schröder und SPD-Generalsekretär. Er wurde nicht geschoben, sondern ist den Weg nach oben zielstrebig balanciert. Der Nutzen für ihn und seine Partei - so sieht es aus - erlaubt alles. So ist er privat - so ist er in der Politik. Heute gibt es - was das Privatleben betrifft - gewisse Berichterstattungs-Grenzen in der Politik, an die ich mich halte. Aber als Journalist ist es für mich oft schwerer, Dinge, die ich weiß, nicht zu schreiben, als die die ich schreibe.

Er gibt sich - so sagt ein Berliner Journalist - als "Malocher, der seinen Dienst tut und dem dabei Dinge passieren".

Schön, wenn er so wäre...

Selbst seine engsten Weggefährten wissen nicht, wofür Müntefering eigentlich steht. Vermutlich nur für sich selbst und die drei Buchstaben SPD. Mein Name ist Hase - ich weiß von nichts. Oder: Wer selbst im Glashaus sitzt.

Die Partei, die Partei - die hat immer Recht.

Alles keine sonderlich sympathischen Sprüche, die mir zu Müntefering einfallen. Aber erstens: Weder privat noch politisch ist er für mich sympathisch. Im Gegenteil und zweitens: Bei den Recherchen über Müntefering habe ich so viele unangenehme Dinge über ihn erfahren, daß ich auf zwei Seiten Vorwort davon kaum eine Kostprobe geben kann. Sollte er nach der Bundestagswahl, die die Roten verlieren werden, nicht von der Bühne verschwunden sein, dürfte Müntefering wohl der Titel eines neuen Siegerist-Buches werden.

Die Broschüre von Heinrich Lummer ist ein längst überfälliger Einstieg in die Auseinandersetzung mit Müntefering.

1. Der Müll – der Filz – der Skandal

Wo Menschen sind, gibt es Müll. Müll ist unvermeidbar. Und Müll muß entsorgt werden. Müll kann man selektieren, deponieren, kompostieren oder verfeuern. Daher gibt es die Möglichkeit, aus Dreck Gold zu machen. Und schon ist die Versuchung da, an das Gold heranzukommen und die Gewinne zu optimieren. Da die öffentlichen Hände in der Regel beteiligt sind, ist die Gefahr groß, daß sich auch die Vertreter der öffentlichen Hände an der Vernichtung oder Veredelung des Mülls beteiligen. Geld stinkt zwar nicht, aber man kann sich gewinnbringend die Hände schmutzig machen. Offenbar hat es in Köln so manchen goldenen Handschlag gegeben.

Solchen Gefahren und Entwicklungen sind alle Parteien ausgesetzt. Nur ist die SPD hier besonders anfällig. Denn sie verfügt über einen Kitt, der aus einer Perversion des Solidaritätsbegriffes entstanden ist. Dem in Not geratenen anderen zu helfen ist gut. Wenn er ein Parteifreund ist, mag man ihn als Nächsten verstehen, weil er einem nahesteht. Dem Parteifreund zu helfen, wenn er nach oben will, ohne eine ausreichende Qualifikation zu haben, ist falsch verstandene Solidarität. Denn so kann der zum Direktor werden, der kaum zum Pförtner taugt. So kann eine Firma Aufträge erhalten, die sich nicht durch preiswerte Angebote und qualifizierte Arbeit auszeichnet (Herr Eisermann hat die Angebote von Konkurrenten geöffnet, damit die protegierte Firma sie unterbieten konnte). Oder der erhält vorzugsweise den Auftrag, der bereit ist zu schmieren. Da zahlt man eben „Dankeschön-Spenden“ an die Partei und „Provisionen“ an die Vermittler der öffentlichen Hand. So ist man mitten im Problem des Kölner Müllskandals.

Skandal, das war im Griechischen der Fallstrick, über den man ins Stolpern geriet. Daraus wurde das öffentliche Ärgernis. Ursprünglich waren es wohl nur die Steine, die am Wege lagen, wenn man den Acker kultivierte. Diese Steine machten den Griechen offenbar so zu schaffen, daß „skandalös“ sehr bald im übertragenen Sinne verwendet wurde. Das, worüber man stolpern und fallen konnte, war ein Skandal. Und meist kam das überraschend und grell wie ein Blitz. Plötzlich bekanntgewordene Ereignisse, die den Rahmen der üblichen Regeln des Anstandes, der Ethik oder des Rechts sprengen und deshalb die Verursacher zum Stolpern bringen, das sind Skandale, Steine des Anstoßes.

Meist haben diese Skandale etwas mit Geld oder Liebe, in der Politik auch mit Macht zu tun. Manchmal ist der Unterschied schwer zu erkennen. Denn Macht macht Geld, und mit Geld kann man Macht kaufen.

Es ist wohl eine Ironie, wenn ausgerechnet der Müll zum „Stein des Anstoßes“ wird. Aber das war ja schon immer der Traum der Alchimisten: Wie mache ich aus wertlosem Zeug Gold? Wenn man aus Müll schnelles Geld machen will, gehören mehrere dazu: Die Auftraggeber, die Vermittler, der Anlagehersteller. Und sie müssen bestimmte Verbindungen eingehen. Diese Verbindungen müssen hergestellt werden. Der Stoff, dem diese Verbindungen ähnlich sind, ist von äußerst weicher und warmer Beschaffenheit. Er wärmt, und seine Strukturen sind von außen schwer zu erkennen. Es handelt sich um Filz. Seine lexikale Beschreibung trifft den Nagel gewissermaßen auf den Kopf, auch wenn man sich andere Bilder vorstellen könnte. Etwa daß eine Hand die andere wäscht. Die Beschreibung des Filzes im Lexikon sieht so aus:

„Nach systematischer Vorarbeit werden die gekrempelten, geschuppten und gekräuselten Fasern – meist vom Schaf – in der Filzerei miteinander kräftig verhakt, bis sie gleichsam ineinander kriechen

und die jeweils gewünschte außerordentliche Verfestigung erreichen. Der so fabrizierte Filz zeichnet sich durch hohe Spaltfestigkeit und nur geringe Abriebsmöglichkeiten aus.“

In der politischen Wirklichkeit sieht das etwa so aus: Die Natur lebt vom Wechsel. Sie braucht den Wechsel des Wetters und der Jahreszeiten. Das Schmelzwasser und die Stürme des Frühlings reinigen Flüsse und Wälder. Der Wechsel belebt und reinigt. Wo er fehlt, sammelt sich Unrat. Auch in der Politik. Gewöhnung an die Macht macht faul und selbstherrlich. Nach einer gewissen Zeit kennt jeder jeden. Es entstehen kumpelhafte Abhängigkeiten. Man muß nicht unbedingt eine gemeinsame Leiche im Keller haben, aber oft genug hat man gemeinsame Freuden genossen. Es entstehen Verpflichtungen. Man kennt sich eben. Man gibt und nimmt. Das Leben kennt viele Gefälligkeiten. Irgendwann braucht jeder mal was von einem anderen. Wenn die Verflechtungen lange genug andauern, werden sie immer dichter. Aus dem Geflecht der Abhängigkeit kann Druck entstehen. Man weiß ja schließlich auch was von anderen. Der Druck verstärkt das Geflecht, und schon ist der Filz im Werden. Alles andere ist fast nur eine Frage der Zeit.

Filz ist ein dunkler Stoff. Er ist schwer zu entwirren. Wie es rauskommt, weiß man oft nicht. Aber irgendwann ist es soweit. Was kam zutage in Köln? Einige haben das Netz gesponnen. Sie wollten der Partei nutzen und sich selbst bereichern. Die Dankeschön-Spenden für die Partei, die Provision für sich selbst. Da waren nicht nur Parteisoldaten am Werk, die der Partei zuliebe das Parteiengesetz verletzen. Wenn der brave Mann an sich selbst zuletzt denkt, dann waren es keine braven Männer. Und wenige waren es auch nicht. Um solche Entwicklungen zu vermeiden, gibt es Kontrollverfahren und –instanzen. Sie müssen prüfen. Es stellt sich die Frage nach den Verantwortlichkeiten. Wenn sich in einem Ministerium Pannen und Pleiten ereignen, fragt man nach der Verantwortlichkeit des Ministers. Der muß seinen Kopf hinhalten. Oft auch, wenn er von nichts gewußt hat. Natürlich versuchen sie ihren Kopf aus der Schlinge zu ziehen. Wer will schon gern sein Amt verlieren, wegen Dingen, die er nicht selbst getan hat. In Köln war der Kreis der Täter, Wissenden und Mitwissenden groß. Es geschah zu einer Zeit, da war der Parteisoldat Franz Müntefering Mitglied im Landesvorstand, Landesvorsitzender in NRW, Bundesgeschäftsführer und dann Generalsekretär der SPD. Er war an verantwortlicher Stelle. Und so wie man beim CDU-Spendenskandal stets nach der Verantwortlichkeit der Oberen fragte, wird man es im Falle der SPD tun dürfen und tun müssen. Und damit sind wir beim General Müntefering.

2. Der Parteisoldat

Franz Müntefering ist nach übereinstimmender Auffassung ein Parteisoldat. Soldaten dienen sich hoch. Wer als Messdiener gedient hat, tut sich da vielleicht ein wenig leichter. Mit 26 trat er 1966 in die SPD ein. Drei Jahre später war er Mitglied im Gemeinde- bzw. Stadtrat in Sundern, seiner Heimatstadt im Sauerland. Diesen Dienst leistete er zehn Jahre. Daneben wurde er 1975 Mitglied des Bundestages.

Bis 1975 war er nach einer Lehre als Industriekaufmann (1954 bis 1957) kaufmännischer Angestellter in einem mittelständischen verarbeitenden Betrieb. Als er MdB wurde, ließ er sich beurlauben. Seitdem ist er Berufssoldat für die Partei. Er diente als Parlamentarischer Geschäftsführer (1991 bis 1992), er wurde 1992 Vorsitzender des Bezirks westliches Westfalen in der SPD. Im Dezember 1992 wurde er Landesminister in Nordrhein-Westfalen für Arbeit, Gesundheit und Soziales. Dieses Amt verdankt er einer politischen Affäre um Zuschüsse von 26 Millionen DM für das private „Entwicklungs- und Forschungszentrum für Mikrotherapie“ (EFMT) in Bochum. Der Minister Heinemann mußte zurücktreten, der Soldat sprang in die Bresche. Spätestens seit diesem Zeitpunkt mußte er wissen, daß in Nordrhein-Westfalen und seiner SPD nicht alles mit rechten Dingen zugeht. Schon hier war möglich geworden, was er in der SPD nicht für möglich hielt.

Lange blieb er nicht dort. Der Marschallstab schien im Tornister zu sein. Der Vorsitzende Scharping nominierte ihn für das Amt des Bundesgeschäftsführers, der Parteivorstand stimmte dem am 16.10.1995 zu. Das Ministeramt in NRW gab er ab, Mitglied des Landtags blieb er und bis Juni 1998 auch Bezirksvorsitzender. Auch nach dem Sturz Scharpings durch Lafontaine blieb er Bundesgeschäftsführer. Der Parteitag im November 1995 wählte ihn mit großer Mehrheit.

Als Parteisoldaten war es ihm gleich, unter welchem Vorsitzenden er diente. Ein Parteisoldat ist in erster Linie seiner Partei verpflichtet. Ihr schuldet er seine Loyalität. Deshalb konnte er einzelne Vorsitzende überleben.

Soldaten im Generalsrang müssen Strategen sein. Er verstand sich als ein solcher für den Wahlkampf 1998. Er organisierte und etablierte den Begriff der Neuen Mitte. Und er war erfolgreich. Da stört es nicht mehr, daß die Strategie verlogen war. Ein Parteisoldat steht zu seiner Partei, notfalls muß die Wahrheit der Solidarität und Loyalität weichen. Er meinte 1998 einmal: „Journalisten darf man doch anlügen.“ O-Ton Müntefering zitiert nach Focus: „Ein Bundesgeschäftsführer muß auch einmal entgegen seinen eigenen Erkenntnissen etwas verkünden, was nicht ganz der Wahrheit entspricht, wenn es der Partei dient.“ Na also: Das Parteiinteresse ist wichtiger als die Wahrheit. Das sagte er, nachdem er ertappt wurde. Er wußte die Wahrheit. Journalisten mögen sein, wie sie wollen. Wer sie aber anlügt, lügt die Öffentlichkeit an. Wer also sagt, Journalisten dürfte man anlügen, der sagt, die Wähler darf man anlügen. Und das ist nicht gut so. Wie auch immer, 1998 hatte er Erfolg. Schröder machte ihn zum Bundesminister für Verkehr, Bau und Wohnungswesen.

Als nach den Bundestagswahlen die hohen Ansprüche und Versprechungen von Aufbruch, Neuer Mitte und Senkung der Arbeitslosenzahlen als Schwindel entlarvt wurden und die Sozialdemokraten einige Wahlen verloren (Europawahl Juni 1999, Saarland September 1999) nahm die Parteiführung den Soldaten erneut in die Pflicht. Man schuf das Amt des Generalsekretärs, und das Parteipräsidium berief Franz Müntefering.

3. Auszüge aus der Liste der Fehlleistungen

Geschlossenheit und Disziplin forderte er nun von den Gliederungen ein. Und dabei war er nicht immer pingelig. So etwa nach der Abstimmung über den Einsatz der Bundeswehr in Mazedonien. Da war es um die Fraktionsdisziplin der SPD schlecht bestellt. 20 Abgeordnete verweigerten dem Antrag der Bundesregierung ihre Zustimmung. 8 blieben der Abstimmung fern. Dies führte zu der Peinlichkeit, daß die Regierung ihren Antrag nur mit Hilfe der Opposition durchbringen konnte. Mag sein, daß diese Abgeordneten sich der früheren pazifistischen Haltung des Bundeskanzlers erinnerten, der im Jahre 1992 beim Golfkrieg als niedersächsischer Ministerpräsident seinem Kultusminister ausdrücklich gestattete, Schülern frei zu geben, damit sie während der Schulzeit gegen diesen Krieg demonstrieren konnten. Das sollte nach Schröders Auffassung Teil des Bildungsauftrages sein. Mag auch sein, daß die Abgeordneten sich an den Artikel 38 des Grundgesetzes erinnerten, der den Abgeordneten die Gewissensfreiheit garantiert. Kaum hatten sie davon Gebrauch gemacht, da schwenkte der General Münzte die Keule der Sanktionen. „Eine quälend lange Woche der Peinlichkeiten hat die SPD-Spitze nervös gemacht. Ein bedingt abwehrbereiter Verteidigungsminister und eine im entscheidenden Moment nicht mehrheitsfähige Koalition haben das Bedürfnis nach der ordnenden Hand hervorgerufen. Der Generalsekretär hat die der Partei erhoben und sie drohend über den ‚Abweichlern‘ kreisen lassen.“

Sie sollten an den Pranger und nicht mehr damit rechnen dürfen, von der Partei mit Mandaten ausgestattet zu werden. Er drohte ihnen mit schlechten Listenplätzen für die Wahl 2002. Das trifft natürlich, widerspricht aber eindeutig dem Auftrag des Grundgesetzes. Seinem Stil und Wesen entspricht es offenbar, Politik primär über Organisation zu gestalten. Aber das greift naturgemäß zu kurz. Vielleicht war die Kritik des niedersächsischen Ministerpräsidenten Gabriel gegen eben den Organisator und Techniker der Macht Münztefering gerichtet, als er von den Genossen forderte, wieder mehr zu werden „als ein Zusammenschluß von exzellenten Technikern der Politik“. Diese Fragen der Sanktionen für Abweichler habe die SPD-Fraktion stark beschäftigt, las man in den Zeitungen. Dem Genossen Franz wurde seine „Die-Partei-hat-immer-Recht-Mentalität“ vorgeworfen. Wörtlich las man in der Süddeutschen Zeitung: „Seit Tagen fährt Münztefering nun in der Manie eines Stalinisten aus dem Sauerland auf die Abweichler hernieder.“ (7.9.2001) Der Abgeordnete Schösser sprach von „Dummheit und Blödsinn“. Die SPD-Landesvorsitzende von Baden-Württemberg meinte diplomatisch, Münzteferings Äußerungen seien „falsch und überzogen“. Manche Genossen sagen, Münztefering sei zu sehr der „Feldweibel“ Schröders. Jedenfalls kassiert er Hiebe. Und Blessuren bleiben auf beiden Seiten. Und genau genommen hat er die Verfassung mißachtet. Der General der SPD, meint die Süddeutsche Zeitung, stehe am öffentlichen Pranger: „Wegen Mißachtung des Grundgesetzes, wegen Geringschätzung des freien Mandats des Abgeordneten, wegen Verachtung der Gewissensfreiheit und wegen versuchter Nötigung der Parlamentarier. Summa summarum: Wegen eines Anschlags auf die parlamentarische Demokratie. Die Anklage ist berechtigt.“ (4.9.2001)

Wer einmal lügt, dem glaubt man nicht, meint der Volksmund. Nun, der Franz hat gelogen – mindestens einmal. Nun, im Vorfeld der Bundestagswahl, spielt wieder die spannende Frage eine Rolle, mit wem will er seiner Partei die Macht und die Führung erhalten? Die Chancen für Rot-Grün sind geringer geworden. Und die PDS-Vorsitzende hat die Öffentlichkeit wissen lassen, daß sie gern

bereit ist, die SPD zu unterstützen, um Stoiber und die CDU/CSU zu verhindern. Der General bemüht sich nach Kräften und immer wieder, eine solche Zusammenarbeit auszuschließen.

Zunächst einmal hat er eine Koalition auf Länderebene nicht ausgeschlossen. Schon im Vorfeld der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt im April 1998 hatte Müntefering die Tolerierung der SPD durch die PDS als ein „Modell auch für die anderen ostdeutschen Bundesländer“ bezeichnet. Er tat das, obwohl es damals dem Kanzlerkandidaten Schröder nicht in den Kram paßte, denn der hatte den Wunsch nach einer Großen Koalition in Sachsen-Anhalt und im Bund. Am 15.4.2002 schloß er auch eine Koalition mit der PDS in Sachsen-Anhalt nicht mehr aus. Die Formulierung lautete damals: „Sollte die Landtagswahl am kommenden Sonntag andere Optionen nicht mehr zulassen, könne die SPD auch eine Koalition mit der PDS eingehen.“ Das heißt eben, wenn es für den Machterhalt rechnerisch möglich und nötig ist, dann machen wir es eben. Und genau das ist es, was man ihm auf jeder Ebene zutrauen muß. Auch in Berlin wollte man zunächst und öffentlich davon nichts wissen. Aber insgeheim war die Volksfront längst geschmiedet. Seine Formulierungen bezogen auf eine solche Möglichkeit im Bund, lassen auch stets eine Tür offen.

- Er könne sich eine rot-rote Bundesregierung „aus heutiger Sicht nicht vorstellen“. (Müntefering im Deutschlandfunk zitiert von ddp 11. Oktober 2000) Und morgen kann alles anders sein.

- „Es gibt keine neue Strategie. Aber ich habe schon immer gesagt: Es ist völlig normal, wenn wir miteinander reden. Auch auf Bundesebene. Aber daraus lassen sich überhaupt keine Überlegungen für eine bundespolitische Zusammenarbeit ableiten. Es gibt dafür auch *keinen erkennbaren Bedarf*.“ (Leipziger Volkszeitung 10. Oktober 2000) Wenn es den aber gibt, dann machen wir es.

- „Wenn die PDS wie in Mecklenburg-Vorpommern die Verantwortung der SED für das Unrecht in der DDR anerkennt, dann muß auch mal die Zeit kommen, in der die Frage von Koalitionen am Heute entschieden wird. Für den Bund sehe ich keine Koalition, *soweit man gucken kann*.“ (Die Welt 12. Oktober 2000) Manchmal ist der Horizont nahe.

- „Wir respektieren die PDS als eine Partei die *in dieser Demokratie angekommen ist*.“ (Tagesspiegel 12. Juni 2001) Da betet er sie schon gesund. Warum wohl?

- „Für 2002 zumindest gibt es keine Möglichkeit der Zusammenarbeit auf Bundesebene.“ Für die Wahlen nach 2006 gelte: „Ich weiß nicht, was bis dahin ist.“ (Bild-Zeitung 19. Juni 2001) In Sachen PDS ist er zukunfts offen.

Wer so wischi-waschi formuliert, ist innerlich längst bereit. Im übrigen gab es auch mit den Grünen Spannungen in Sachen Außenpolitik, als man die Koalition machte. Aber die Macht ließ die Grünen Kröten schlucken. Warum sollte sich die PDS um der Macht willen nicht auch darin üben? Der übergeordnete Wert für die latente Volksfront und die „Einheit der Arbeiterklasse“ ist das Bemühen, die CDU/CSU und eine bürgerliche Koalition zu verhindern. Deshalb sind nicht nur leichte Zweifel an den Äußerungen des Generals Münte am Platze, sondern die Annahme ist begründet, daß es sich bei der Ablehnung einer Kooperation mit der PDS um ein taktisches Manöver handelt. Vor der Wahl will man keine Pferde scheu machen, keine potentiellen Wähler verprellen. Wenn sich der Machterhalt mit der PDS später rechnerisch als möglich und nötig erweist, dann wird man es eben tun. Für Parteisoldaten sind Täuschungen und Listen immer Methoden der Politik gewesen. Es müssen nicht immer trojanische Pferde sein. Und listenreich ist er allemal.

Andere Genossen werden da im übrigen deutlicher. Der Fraktionsvize der SPD in Mecklenburg-Vorpommern sagte der Bild am Sonntag: „Wenn es nach den Bundestagswahlen für die Fortsetzung der rot-grünen Koalition nicht reicht, dann müssen wir neu überlegen.“ Er halte es für möglich, daß Schröder und Müntefering „auch in die Richtung Rot-Rot-Grün denken, auch wenn sie das heute noch weit von sich weisen“.

Auch der Staatsminister Zöpel schloß jüngst auf einer Pressekonferenz in seinem Wahlkreis eine Koalition mit der PDS nicht aus. Sollte es keine Mehrheit für die CDU und FDP geben, dann sei „alles möglich“. So ist das wohl. Aber der Parteisoldat streut der Öffentlichkeit nach wie vor Sand in die Augen. Täuschung heißt seine Maxime.

Dies wird nicht zuletzt daran deutlich, daß es die „direkte und indirekte“ Kooperation mit der PDS in zwei Bundesländern gibt und einem weiteren gab. Dies bedeutet zwangsläufig auch eine Kooperation mit der PDS im Bundesrat und insofern eine Beeinflussung der Bundespolitik durch die PDS. Deshalb gab die „Welt“ dem General die Kopfnote fünf mit der Feststellung: „Müntefering sollte den Wähler nicht für so vergeßlich halten wie seine eigene Partei.“

Von einem Parteisoldaten und General erwartet man Durchhaltewillen, auch wenn die Lage miserabel ist. Bei Hitlers Rückzug war dem Gegner in der Regel kein Durchbruch gelungen, man hatte sich lediglich zur „Frontbegradigung“ entschlossen. In diesem Sinne verdrängt er gern die Wahrheit, damit die Partei besser dasteht, als sie ist.

Am Abend des 12. April war er auf dem Bundeskongreß der Jungsozialisten und meinte nach vielen Terminen des Tages, hier sei der erste Termin, auf dem er nicht über die Spendengeschichte reden müsse. Aber es gab Protest mit den Worten: „Mach mal, uns interessiert das auch.“ Er tat es nicht, sondern versuchte den Jusos einzubleuen, wie man den Gegner bekämpfen müsse. Und das war ziemlich primitiv. Ein „Bayer“ taugte nicht für Deutschland; wenn es um den Aufbau Ost ginge, sollten die Jusos sagen, der Stoiber sei ein Separatist. Und zu Sachen Leitkultur sollten sie sagen, Merz und Koch seien schon in der Uni – die Müntefering nie besucht hat – eine Minderheit gewesen.

Wenn es um die Union oder Stoiber geht, hat man sich bei Müntefering und Schröder angewöhnt, von „den anderen“ zu reden. Der Gegner hat keinen Namen. Das Abfällige gehört zum Stil des Franz Müntefering. Kein Wunder, daß seine Wahlkampfzentrale dann folgende Methode entwickelt: Per Rundmail werden die Mitglieder der SPD aufgefordert, die CDU-Geschäftsstellen in Düsseldorf und Bonn mit vorformulierten Musterschreiben zu überhäufen, um sie zu blockieren. Die Absender sollen Empörung über die Schreiber-Affäre heucheln und erklären, daß sie die CDU nun nicht mehr wählen wollten.

Schreiber, das war eine der Hoffnungen der SPD, noch vor den Wahlen so etwas wie ein Kaninchen aus dem Hut zu zaubern, alldieweil die ruhigen Hände des Kanzlers leer geworden sind.

Ebenfalls als Null-Nummer erwies sich die Idee des Parteisoldaten in der Absicht einer scharfen Polarisierung, ein Plakat zu zeigen, das den Kandidaten der Union nicht zeigt, weil er zu weit rechts stehe. Und deshalb aus dem Plakat herausfalle. Die bisherige Darstellung Stoibers läßt es faktisch nicht zu, ihn als extrem abzustempeln. Und so wurde das Plakat Makulatur.

Und wenn er die statistisch belegte Aussage der Union, wonach durch die Politik von Rot-Grün Deutschland zum Träger einiger roter Laternen wurde und in Europa zum kranken Mann avanciert sei,

durch einen Sieg bei der Fußballweltmeisterschaft widerlegen lassen will, dann wird vollends klar, daß eine erfolgversprechende Strategie nicht vorhanden ist. Das hat ja nun auch die Wirklichkeit widerlegt. Deutschland ist guter Zweiter. Die Wirklichkeit hätte die Strategie Münteferings auch widerlegt, wenn Deutschland Weltmeister geworden wäre. Denn die Nationalelf ist für alle da und nicht dazu da, eine schwache Regierung aus der Patsche zu helfen. Da liegt die zynisch-ironische Feststellung in der Luft: Müntefering ist verantwortlich für die Niederlage der deutschen Nationalelf. Denn er wollte den Sieg in einen Sieg der SPD ummünzen. Und das konnte der liebe Gott nicht zulassen. Auch hier also ist der Irrtum des Soldaten Franz offenkundig. Der Soldat sucht die letzten Strohhalme, an die er sich klammern möchte. Das Kaninchen im Hut ist offenbar nicht vorhanden.

Er hat es nicht einfach. Aber immer wieder macht er es sich einfach. Wenn eine Wahl – wie in Sachsen-Anhalt – verloren ging, dann glänzt der Kanzler durch Abwesenheit. Der Parteisoldat muß an die Front. Er muß die Niederlage eingrenzen. Mit dem Bund hat das natürlich nichts zu tun. Die Niederlage war regional. Er tut es wie immer: Mit knarrender Stimme im Stakkato. Die Methode ist die gleiche wie in Köln. In Köln wie auch sonstwo sind es nur „einige“ die sich vergangen haben, in Sachsen-Anhalt ist die Niederlage eben regional. Die Methode heißt: „Eingrenzen, abschieben, von der Führungsspitze fernhalten“. Auch die Konsequenzen sind klar. Was kann man von einem Parteisoldaten anders erwarten, als eine „militante Metaphorik“. Jetzt gilt es den „Helm enger zu schnallen“, den „Kampf“ besonders zu betonen und womöglich ein „Duell“ Schröder – Stoiber zu veranstalten. „Kontroverse, dieses Wort bedeutet für den SPD-Generalsekretär vorrangig nicht interne inhaltliche Auseinandersetzung, sondern ‚Beißfähigkeit‘ gegenüber dem politischen Gegner“. (Tagesspiegel 11.10.1999) Darin ist er geübt wie kein anderer.

Nein, pingelig war er nie. Als das Bonner Landgericht das Untreue-Verfahren gegen Helmut Kohl mit einem Bußgeldbescheid von 300.000 DM einstellte, war die Richterschelte fällig. Helmut Kohl habe sich „freigekauft“, war seine Wertung. Dazu gehört wohl auch jemand, der den Preis des Freikaufes erhält. Darin steckt also der Vorwurf, die Richter hätten sich schmieren lassen. Das ist verdammt starker Tobak. Alle anderen waren sich in der Wertung einig: Kohl hat keinen Prominentenbonus erhalten, sondern die Behandlung eines Normalbürgers erfahren. Dazu die Neue Osnabrücker Zeitung: „Äußerungen von SPD-Generalsekretär Müntefering, wonach sich Kohl jetzt mit 300.000 DM aus den Ermittlungen ‚herauskaufe‘, gehen völlig an der Sache vorbei und überschreiten das zulässige Maß einer Urteilsschelte. Das Bonner Landgericht handelt allein nach Recht und Gesetz – auch wenn es Müntefering aus taktischen Gründen wenig ins Kalkül zu passen scheint.“

Man hat nicht gehört, daß der nordrhein-westfälische Justizminister die Richter in Schutz nahm. So blieb es denn bei einer jener Zumutungen, die für den Soldaten Franz zum taktischen Repertoire gehören. Er kann wohl nicht anders. Er kann nicht anders, als die Fehler immer bei anderen zu suchen. Dazu braucht er so etwas wie eine Drehbühne, die er immer verschiebt, wenn die SPD in Bredouille ist. Die Taktik des „wackeren Kulissenschiebers“ besteht eben darin, „die Skandal-Drehbühne in Bewegung zu setzen, damit ein anderes Stück mit anderen Verdächtigen ins Scheinwerferlicht“ zu rücken. (FAZ 7.5.2002) Aber es gelingt eben nicht immer, eine hochgradige Emotionalisierung des Wahlkampfes und Skandalisierung des Gegners zu erreichen, wenn man selbst im Sumpf steckt.

4. Auf hohem Rosse

Alle Parteien hatten schon ihre Spendenskandale. Im Jahre 2000 besonders die CDU. Die Roten freuten sich. Sie saßen auf hohem Rosse und erwarteten, 2002 sicher durchs Ziel der Wahlen zu gehen. Wie eben das Leben so spielt: Den einen erwischt es früher, den anderen später. Und da gibt es eine Lebenserfahrung, die eben deshalb zur Vorsicht mahnt: Wirf nicht mit Steinen, wenn Du im Glashaus bist.

Es mag schon fast jedem so ergangen sein. Es ergeht sich einer in Kritik und Vorwürfen an einem anderen, weil er sich selbst (noch) für fehlerfrei hält. Da sitzt man auf einem hohen Roß und genießt jene banale Freude, die der Volksmund Schadenfreude nennt. Nur Toren mögen darin die schönste aller Freuden erkennen. Aber am besten lacht bekanntlich nur der, der am letzten lacht. Und wer anderen eine Grube gräbt, fällt vielleicht selbst hinein.

Es ist wohl u.a. die Stärke der Literatur-Klassiker, daß sie klassische Situationen der Menschen in schöne Worte kleiden und der Belehrung und Besserung wegen an uns alle vermitteln. So werden sie zeitlos: Shakespeare und Goethe, Homer und Cervantes.

Könnten daher die folgenden Verse jetzt nicht von einer musischen Variante des SPD-Generalsekretärs gesprochen werden? Nicht öffentlich – versteht sich. Dazu mag man sich auch nicht in einer Zeit hinreißen lassen, in der sich jeder mehr oder weniger geschmacklos outet. Schließlich müßte man ja zugeben, daß man zu früh gelästert und sich gefreut hat. Aber so insgeheim, im stillen Kämmerlein oder auf dem Wege nach Hause, wenn man tagsüber von den Affären der eigenen Partei gelesen hat und sich daran erinnert, wie man weiland andere vergleichbarer Dinge wegen geschmäht hat. Eine Art Selbst-gespräch vor dem Spiegel sozusagen – ohne Selbstgerechtigkeit zum Zwecke der Gewissenserforschung. Schließlich war der General- sekretär einmal Meßdiener.

Auch jenes Mägdlein in Goethes Faust sagte sich das folgende als Monolog auf dem Heimweg, nachdem sie ihre Unschuld durch Faust verloren hatte: „Wie konnt' ich sonst so tapfer schmälen, wenn tät ein armes Menschlein fehlen! Wie konnt' ich über andrer Sünden nicht Worte genug der Zunge finden! Wie schien mir's schwarz, und schwärzt's noch gar, mir's immer doch nicht schwarz gnug war, und segnet' mich und tat so groß, und bin nun selbst der Sünde bloß!“

Soweit der Klassiker, den Herr Müntefering hätte verinnerlichen sollen, ehe er die CDU schmähte und schalt. Denn immer soll man sich vor schwerer Kritik fragen, ob sie als Bumerang zurückkehren könnte. Nur wer frei von Sünde ist, könnte den Stein erheben. In der Bibel tat's keiner. Soweit sich Müntefering und Genossen damals äußerten, als es um die CDU ging, klang das so: „Das Ganze ist eine Krise der CDU, nicht mehr und nicht weniger, keine Staatskrise... Wir sind ganz sicher: Bei uns hat es keine vergleichbare Konstellation von Ander- und Schwarzgeldkonten gegeben... Die CDU hat die Wahl zwischen der Pest und der Kohl-Ära... Das, was zusätzlich und ungerecht- fertiger Weise in den Kassen gewesen ist, hat ja immer zu Kon- sequenzen bei Wahlen geführt... Und eine Partei, die auf sich hält, müßte an der Stelle die Konsequenz ziehen und sagen, so kann man nicht weitermachen... Und da sollte sich dann die CDU auch einer Neuwahl in Hessen stellen... Seine (Kochs) Glaubwürdigkeit ist absolut ramponiert. Koch ist unter illegalen Bedingungen an die Macht gekommen... Wenn er kein Feigling wäre, hätte er sich längst der Entscheidung der Wähler gestellt... Ein Grundsatz der Demokratie ist die Chancengleichheit für alle Parteien. Gegen diese Regeln hat die

CDU über lange Zeit massiv verstoßen. Sie hat sich mit Geldwäsche und Bilanzfälschung Vorteile verschafft. Und dies nicht als Gelegenheits-, sondern als Überzeugungstäter.“

Soweit Müntefering damals über die CDU. Der Parteivorsitzende Schröder wollte da nicht bescheidener sein. Was sich bei der CDU auftue seien „Ungeheuerlichkeiten“. Da sei „mehr in Mitleidenschaft geraten als einzelne Personen einer konkurrierenden Partei“. Also meint er die ganze Partei. Meint er das jetzt bei der SPD auch? Heute fallen diese Urteile auf die SPD zurück. Der Parteisoldat selbst hat seine Partei verurteilt.

1. Es ist nicht nur ein Vergehen „Einzelner“, wie er ständig wider besseres Wissen behauptet. Es ist eben eine Krise seiner Partei.

2. Auch in der SPD gibt es derartige Dinge, die er wider besseres Wissen weit von sich wies.

3. Seine, Münteferings, Glaubwürdigkeit ist ramponiert, weil er nicht für Neuwahlen in NRW eingetreten ist, obwohl man sich dort mit ergaunertem Geld Vorteile verschafft hat.

4. Er und seine Genossen sind - wenn sein Urteil über die CDU zuträfe – mindestens genauso „Überzeugungstäter“.

Auch nannte er die Vorgänge „bedrückend“ und bei der SPD sei dagegen „alles in Ordnung“. Die CDU zeichne sich durch „Selbstgerechtigkeit“ und ein „gefährliches Staatsverständnis“ aus. Nun ist der Blick in den Spiegel fällig, um einen Selbstgerechten zu sehen und einen mit gefährlichem Staatsverständnis. Der Bumerang hat getroffen. Köln und Kiel, Wuppertal und Recklinghausen lassen grüßen.

Und da war noch was. Mit Häme und Arroganz hatte die SPD auf die CDU gewiesen – mit erhobenem Zeigefinger. Insbesondere weil Helmut Kohl keine Spendernamen genannt habe. Die CDU hat sich dafür entschuldigt und die Konsequenzen gezogen. Wie oft eigentlich hat Franz Müntefering in den letzten Monaten die CDU verurteilt und die Qualität der SPD bei der Aufklärung hervorgehoben, indem er auf Kohls ungenannte Spender verwies. Die SPD müßte vor der eigenen Türe kehren, denn ein Vermerk des damaligen Schatzmeisters der SPD namens Halstenberg weist für das Jahr 1980 sechs Millionen Spenden aus, ohne die Spender benannt zu haben. Der Wortlaut ist eindeutig:

„Friedrich Halstenberg Bonn, den 31. 12. 80 Vertraulicher und persönlicher Vermerk

Die folgenden, nach dem Tage des Eingangs im einzelnen aufgeführten Mittel, die von nicht genannten Spendern gesammelt worden sind, wurden mir mit bestimmten Verwendungszwecken der Spender und der Bedingung übergeben, dass die Herkunft der Mittel nicht erkennbar ist und wird. Eine entsprechende Schweigepflicht habe ich zusichern müssen. Diese Mittel habe ich – mit einer Ausnahme – in bar in Empfang genommen, zur Sicherung der Kontrollierbarkeit jedoch in jedem Falle unverzüglich bei der Bank eingezahlt, Barbestände also nicht unterhalten.

Die Spenden gingen bei mir ein:

13.06.1980	DM	2.000.000,-
23.06.1980	DM	45.000,-
30.06.1980	DM	53.050,-
26.08.1980	DM	176.500,-
02.09.1980	DM	2.000.000,-
16.09.1980	DM	1.000.000,-

19.12.1980	DM	1.000.000,-
Gesamtbetrag	DM	6.274.550,-“

Die Spender sind immer noch unbekannt.

Es ist zu hoffen, daß die Bemerkung Raus zur CDU-Affäre: „Und daß manche so wenig gelernt haben aus dem, was in den 80iger Jahren in der Parteispendenaffäre und im Flick-Skandal geschah, das finde ich erschreckend,“ auch für die SPD gilt.

Hoffentlich erleben wir den neutralen Bundespräsidenten in seinem jetzigen Erschrecken.

Wer im Glashaus sitzt, soll bekanntlich nicht mit Steinen werfen, meint der Volksmund. Manche werfen mit Steinen, ohne zu ahnen, daß sie längst im Glashaus sitzen. Erst beim Scherbensammeln werden sie (vielleicht) begreifen.

Die Tage der Tugendwächter à la Müntefering & Co. sind jedenfalls dahin. Ob sie im Scherbenhaufen stehen oder im Sumpf waten, mögen sie selbst entscheiden. Vom hohen Roß sind sie jedenfalls runter. Und das ist auch gut so. In der Konsequenz der damaligen Aussagen müßte es jetzt Neuwahlen in NRW geben. Müntefering müßte bekennen, seine Glaubwürdigkeit verloren zu haben. Man müßte eingestehen, daß die SPD in einer Krise ist und nicht nur einzelne versagt haben. All das wird man natürlich nicht tun. Ganz im Gegenteil versucht man, die Qualität dieses Skandals herunterzuspielen. Dabei bedient man sich zweier Ansätze. Einerseits werde man schnell und rückhaltlos aufklären, andererseits sei im Gegensatz zur CDU kein Spitzenpolitiker à la Kohl involviert. Ob die Aufklärung schneller erfolgt, wissen wir noch nicht. Noch ist immerhin kein aktueller Spitzenmann der SPD mit drin. Aber Karl Wienand war einer. Jener nämlich, der mit Hilfe der Stasi einen Abgeordneten namens Steiner gekauft hat, um Willy Brandt an der Macht zu halten. Und immerhin ist der bedeutendste Landesverband der SPD betroffen. Und dessen Vorsitzender meint, einstweilen gehe es um die Spitzen des Eisbergs. Abwarten. Mit der schnellen Aufklärung à la Müntefering ist es jedoch schon jetzt vorbei.

Und schon jetzt sind die Qualitätsunterschiede erkennbar. Und diese betreffen den kriminellen Charakter der Vorgänge und den Schaden, der dem Staat und Steuerzahler zugefügt wurde. Eine Verletzung nur des Parteispendingesetzes ruft Sanktionen hervor, ist aber nicht strafbar.

Durch die Spendenaffäre Kohl z.B. ist dem Staat kein finanzieller Schaden erwachsen. Wären die Spenden ordentlich deklariert worden, hätte der Staat sogar eine Prämie an die CDU draufzahlen müssen. Die Spender hatten das Geld der CDU geben wollen – und die hat es bekommen. Die Partei erhielt eine Strafe. Das Geld floß in die Staatskasse. Der Staat hat hier also verdient.

Ganz anders bei der SPD. Offenbar geht es um beachtliche Steuerhinterziehungen. Und es geht um handfeste Korruption durch Schmiergeldzahlungen. Insofern ist die Staatsanwaltschaft mehr gefragt als ein parlamentarischer Untersuchungsausschuß. Bleibt die Frage, ob sich „die SPD und einige ihrer scheinheiligen Patrone für ihr Unterfangen entschuldigen, die CDU insgesamt verbal ins kriminelle Abseits gestellt zu haben“.

Müntefering, der Parteisoldat, wollte natürlich Schaden von seiner Partei abwenden. Deshalb legte er auf zwei Dinge besonderen Wert. Permanent erklärt er, das sei lediglich das Versagen Einzelner, und die werde man zur Verantwortung ziehen und aus der Partei ausschließen. Zum anderen werde die

SPD die Sache schnellstens aufklären. Und bald schon vermeldete er: Die SPD habe in 17 Tagen mehr aufgeklärt als die CDU in 27 Monaten. Aber hier irrt der Parteisoldat. Der Eisberg wird nur ganz langsam sichtbar, und was sich da auftut, ist ziemlich viel Schmutz. Denn den Genossen ging es offenbar nicht nur um Spendenvorteile für die Partei, sondern ganz gezielt auch um persönliche Bereicherung. Den Schaden für Staat und Gemeinwesen nahm man bewußt in Kauf. Erkennbar wird ein System der Korruption, das nicht mehr mit Kölschem Klüngel verharmlosend umschrieben werden kann. Hier ist kriminelle Energie spürbar. Dergleichen setzt bestimmte Strukturen voraus, die besonders dann gedeihen, wenn eine Partei und ein Personenkartell ein Gemeinwesen über lange Zeit beherrschen und gewissermaßen als ihr Eigentum betrachten.

Das Ende ist noch keineswegs absehbar. Vieles liegt noch im Dunkeln. Aber klar ist, daß es sich nicht nur um einzelne Sozis dreht, sondern die Partei betroffen ist. Wenn der Parteisoldat Franz den Unwissenden spielt und die Partei als Unschuldslamm erscheinen lassen will, dann sollte er sein Erinnerungsvermögen in Anspruch nehmen. Die Genossen haben sich nämlich immer wieder darum bemüht, verfilzte Strukturen zu schaffen. Und das war keineswegs geheim geblieben.

Ende der 70iger war Müntefering MdB aus NRW. Damals las der Bundeskanzler Schmidt in einer vertraulichen Sitzung den Genossen die Leviten. O-Ton Schmidt: „Man muß deutlich erkennen, daß das, was hier mit dem Stichwort Verfilzung oder mit Skandalen angedeutet wurde, mit Ämterpatronage, eine schreckliche Rolle spielt in Berlin, bei mir zu Hause in Hamburg, in Hessen; das ganze Ruhrgebiet ist eine Brutstätte für kommunale Ämterpatronage. Das hat mit Sauberkeit, die uns früher einmal nachgesagt wurde, nicht mehr viel zu tun.“ Der damalige Kanzler wußte also, was alles in der SPD möglich war. Und Müntefering hielt das, was in Köln geschieht, für unmöglich. So viel Naivität darf man einem in der SPD groß gewordenen Parteisoldaten nicht zutrauen. Das klingt eher nach der Logik eines Herrn Palmström, für den nicht sein kann, was nicht sein darf. Dem Messdiener Franz hätte man solche Unschuldsvermutungen zugunsten seiner Partei noch durchgehen lassen. Dem Parteisoldaten Müntefering stehen sie nicht an. Aber die Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft hat er ja im Handbuch des Bundestages nicht mehr erwähnt. Da wo Helmut Schmidt ein fast flächendeckendes System von Filz und Skandalen erkennt, sieht er nur einzelne schwarze Schafe, die mit dem Innenleben der Partei nichts zu tun haben sollen. Diese Schutzbehauptung gehört für ihn schon fast zum abgedroschenen Stereotyp. So am 14.6.2002 im DLF: „Das hat nichts zu tun mit dem Innenleben der Partei.“ Und am 27.6.2002 ebenfalls im DLF, nachdem der Chef der Kölner Abfallverwertungsbetriebe (AFB), Eisermann, das System der öffentlichen Aufträge, Schmiergelder und Dankeschön-Spenden offenbart hatte, antwortete er auf die Frage, ob er davon gewußt habe: „Nee, das konnte man überhaupt nicht. Und das lasse ich mir auch überhaupt nicht anhängen. Jeder der halbwegs sich auskennt damit weiß, daß es überhaupt nichts miteinander zu tun hat. Es geht hier um die Frage der Korruption. Ist da was gewesen zwischen Trienekens und Wienand? Das kann ich nicht beurteilen, aber es hat nichts zu tun mit dem Innenleben der Partei.“

Auch in Sachen Recklinghausen fällt dem Soldaten Müntefering nichts anderes ein: Dort „stünden wohl persönliche Verfehlungen des dortigen SPD-Stadtverbandsvorsitzenden im Mittelpunkt, mit der Partei habe das eigentlich nichts zu tun“. (FAZ 18.3.2002)

Erst spricht er mit der Überheblichkeit des Gutmenschen die ganze Sippe frei, denn so etwas wie bei der CDU gebe es in der SPD nicht. Und dann, nachdem viele Mitglieder der Sippe als Sünder erwischt wurden, lehnt der arme Irrende jedwede „Sippenhaft“ ab. „Es gibt keine Sippenhaft und auch keine Wohnorthaftung.“ Man kann keine ganze Sippe freisprechen, wenn es diese nicht auch als Verantwortungsgemeinschaft gibt.

Dennoch: Es geschah mitten in der Partei, aus der Partei heraus. Und wer den Laden halbwegs kannte, der wußte, was möglich ist. Die Vermutung und Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß der Parteisoldat, der das Innenleben seines Ladens kennt, das auch wußte. Aber der Parteisoldat will gesundbeten. Right or wrong my party. Ein Generalsekretär, der das Innenleben seiner Partei nicht kennt, wäre nicht einmal ein guter Sekretär, geschweige denn ein General.

Am 1.7.2002 befaßte sich die Sendung MDR FAKT mit dem Kölschen Klüngel. Da meldete sich ein Mitglied der SPD mit der Feststellung zu Wort: „Das ist es halt, was mich einfach so schwer trifft, daß einfach jetzt alle so tun, als ob sie von nichts was gewußt hätten. Wir haben es alle gewußt, wir haben es alle gewußt, und da hatte auch keiner ein moralisches Problem mit.“

Diese Vorwürfe habe er detailliert an den Bundesvorstand geschrieben und einen floskelhaften Standardbrief als Antwort erhalten. Und damals, als der OB-Kandidat der SPD in Köln, Heugel, mitten im Wahlkampf wegen illegaler Börsengeschäfte seine Kandidatur zurückziehen mußte, da haben die Jusos in der Nacht mit dem jetzigen Vorsitzenden Ott alle Plakate überkleben müssen. Jeder bekam dafür 100 DM. Das Mitglied erinnert sich und sagt in der Sendung: „Ich weiß noch, wie ich damals den Jochen gefragt habe, woher kommt das Geld, da lächelt er mich an, weil er, als er das übergeben hat, da hat er gesagt, da soll nicht drüber geredet werden, dann habe ich gesagt, woher kommt das Geld, da sagt er, das wollen wir nicht wissen.“ An der Basis also war es ruchbar geworden. Der Genosse Franz an der Spitze hatte nie etwas gehört. Wer es glaubt, wird selig.

Da er die Misere der SPD ziemlich genau kannte oder ahnte, wollte sich Müntefering gerade auch durch das Tempo und die Intensität der Aufklärungsarbeit von der CDU absetzen. Nach neun Wochen glaubte er den Schlußstrich ziehen zu können. Die SPD hat geradezu eine Art Aufklärungswut vorgetäuscht. Dem Soldatenjargon entsprechend hat man die Innenrevision „in Marsch“ gesetzt. Unter Schmutz wurde eine Aufklärungskommission gebildet. Diese aber hat sich mit dem Problem einer Verletzung des Parteiengesetzes beschäftigt, also mit den Fragen der illegalen Spendenbescheinigungen. Gewiß ist das schon schlimm, aber noch schlimmer sind die Korruptionsvorwürfe, die als Straftaten natürlich von der Staatsanwaltschaft zu ermitteln sind. Wenn man sich anschaut, was aus den parteiinternen Prüfungen herausgekommen ist, dann ist das Ergebnis dünn. Die bedeutenden Informationen kommen bis jetzt aus dem Bereich des Journalismus und der Staatsanwaltschaft. Der Beitrag der SPD ist bescheiden und widerlegt die großen Sprüche des Aufklärers Franz. Der will mit all dem nichts mehr zu tun haben, weil er sich unbeschwert dem Wahlkampf widmen will. Das sei schließlich Sache der Staatsanwaltschaft. Für die Partei soll der Vorgang als erledigt gelten. So einfach sieht das ein Soldat. Das ist das Denken in Behördenkategorien. Wegen mangelnder Zuständigkeit wird die Akte weiter geschoben. Man spielt den toten Käfer. Nichts täuscht jedoch darüber hinweg, daß der Aufklärer Franz gescheitert ist. Hochmut in der Zeit der Skandale macht sich nicht bezahlt. Die FAZ wertet: „Es grenzt schon an

Unverfrorenheit, daß der Generalsekretär Müntefering die Kölner Spendenaffäre für ‚aufgeklärt‘ erklärt.... Demut und Bescheidenheit sind Franz Müntefering nicht in die Wiege gelegt worden. Mit diesen Eigenschaften hätte er wahrscheinlich auch nie Generalsekretär werden können. Aber wenigstens einmal im Leben, nämlich jetzt, hätte dem zweiten Mann in der SPD so etwas wie Demut besser zu Gesicht gestanden als das Ausposaunen von Erfolgen, die wahrlich keine sind.

5. Mein Name ist Hase

„...ich weiß von nichts.“ Wie oft mag Franz Müntefering diese Aussage seit Beginn des Kölner Müllskandals getroffen haben. Wenn man sich den Genossen Franz vor dem Untersuchungsausschuß vergegenwärtigt, dann ist man einigermaßen verblüfft. Insbesondere, wenn man im Leben einer Partei einigermaßen zu Hause ist. Man ist verblüfft über den Umfang dessen, was er alles nicht weiß. Natürlich kann ein Landesvorsitzender oder ein Generalsekretär nicht alles wissen. Schon gar nicht in einem großen Bundesland. Auch kann er sich nicht um alles kümmern. Aber die Erfahrung lehrt, daß der nervus rerum, das Geld, hohe Aufmerksamkeit bekommt und natürlich auch verdient. Münteferings behauptetes Nichtwissen widerspricht aller Erfahrung. Spenden und Spender werden in den Parteien und anderen Organisationen sehr sorgfältig studiert. Man hat eher den Eindruck, daß sich die Geschäftsführer und Schatzmeister der Partei wie die Geier auf die Spendenlisten stürzen. Besonders gefragt sind natürlich die Großspender. Schließlich will man prüfen, ob diese nicht auch von anderen Parteiebenen angesprochen werden können. Und bedanken muß man sich ja schließlich auch. Wenn dann ein Landesverband noch Schulden hat, ist es um so naheliegender, daß in den Gremien über die Finanzen inklusive Spender gesprochen wird und natürlich der Landesvorsitzende da oder dort auch gebeten wird, potentielle Spender anzusprechen. Nur in NRW scheint alles anders gewesen zu sein.

Im Untersuchungsausschuß hört sich das so an:

Schmidt, CDU: „Wie oft ist eigentlich in diesem Zeitraum der Unterbezirk Köln durch die Bundespartei geprüft worden?“

Zeuge Müntefering: „Das weiß ich nicht, ob und wie oft die Bundespartei den Unterbezirk Köln geprüft hat.“

Schmidt, CDU: „Ist es zutreffend, was ich gelesen habe, daß Köln unverhältnismäßig wenig geprüft worden ist – nämlich nur zweimal in dem Zeitraum?“

Zeuge Müntefering: „Die Zahlen kann ich Ihnen nicht bestätigen, das kann ich auch nicht wissen.“

Schmidt, CDU: „Gab es dort, als Herr Hombach als Landesgeschäftsführer ausschied, einen Schuldenstand von 19 Millionen?“

Zeuge Müntefering: „...das weiß ich nicht.“

Voßhoff, CDU: „Auf welche Größenordnung beliefen sich damals die Verbindlichkeiten?“

Zeuge Müntefering: „Entschuldigung, aber das kann ich an dieser Stelle nun wirklich nicht sagen.“

Ströbele, Die Grünen: „Das soll Herr Klaus Heugel eingeführt haben. Demnach soll es so gewesen sein, daß man immer dann, wenn Firmen Aufträge bekommen haben, anschließend Spenden requiriert hat.“

Zeuge Müntefering: „Nein, wußte ich nicht, weiß ich nicht. Darüber habe ich auch mit niemandem geredet.“

Kenzler, PDS: „Deshalb frage ich einfach, ob Sie auch die Überlegung angestellt haben, auf diejenigen aktiv zuzugehen und zu sagen: Wie sieht es denn aus? Sie stehen ja auch in Verantwortung für die SPD. Wollen wir uns nicht mal zusammensetzen und Sie sagen uns mal ganz schnell, was Sie hierzu wissen? – Zum Beispiel Herr Wienand oder Herr Heugel.“

Zeuge Müntefering: „Bei beiden haben wir keinen Anlaß.“

Friedrich, CDU: „Wenn ich das richtig verstanden habe, gab es im Vergleich zu anderen auffällig wenig Prüfungen in Nordrhein-Westfalen. Herr Wiefelspütz soll gesagt haben: Das ist die Spitze des Eisberges. Haben Sie eine Erklärung, wie er zu einer solchen Aussage kommt?“

Zeuge Müntefering: „Zum ersten Teil, ‚auffällig wenig‘. Das weiß ich nicht. Da fragen Sie jetzt auf der Grundlage dessen, was Herr Schmidt gesagt hat. Ich weiß das nicht, das muß man dann nachsehen und nachgucken, in welchen Jahren was gelaufen ist. Zum zweiten Teil Ihrer Frage: Nein, weiß ich nicht.“

Und so könnte man mit vielen weiteren Zitaten das absolute Nichtwissen des ehemaligen Landesvorsitzenden und Generalsekretärs dokumentieren. Eine solche Dokumentation müßte zwangsläufig bei der Feststellung enden, entweder verschweigt er sein Wissen und damit die Wahrheit, oder er muß ein ziemlich schlechter Landesvorsitzender gewesen sein und als Generalsekretär taugt er auch nicht viel. Sein sonstiges Detailwissen spricht mehr oder weniger für die erste Möglichkeit. Franz Müntefering weiß mehr, als er im Untersuchungsausschuß zum Besten gab.

Natürlich ist die Dokumentation des Unwissens für einen Zeugen, der schnell zum „Angeklagten“ werden kann, die beste Methode, mit einem Untersuchungsausschuß umzugehen. Man stelle sich vor, Schäuble hätte einfach gesagt, er wisse es partout nicht mehr, wann und wo er die 100.000 DM von Schreiber bekommen habe. Der ganze Knatsch mit Frau Baumeister hätte nicht stattfinden müssen und vielleicht wäre Wolfgang Schäuble noch Fraktionsvorsitzender. So muß man beim cleveren Franz unterstellen, daß er die taktische Variante, den Unwissenden zu spielen, deshalb gespielt hat, um auf dem Glatteis der Untersuchungen nicht auszurutschen. In einem Falle zumindest ist ihm das nach Lage der Dinge nicht gelungen. Und das stellt sich so dar: Im Untersuchungsausschuß sagte er wörtlich: „Diese Liste von 42 Personen kenne ich nicht. Ich kenne auch niemanden, der die Liste kennt.“ „Diese“ ist ein sogenanntes Demonstrativpronomen, ein „hinweisendes“ Fürwort. Er meinte also eine bestimmte Liste. Und seine weiteren Ausführungen im Untersuchungsausschuß machen sehr wohl deutlich, daß er die Inhalte dieser Liste kennt. Ob er sie gesehen hat, ob man ihm davon erzählt hat, wie immer: Er kannte so viele Details, daß die Aussage, er kenne sie nicht, als unzutreffend bezeichnet werden muß.

Und gewiß kannte er auch mehrere Leute, die die Liste angefertigt oder gelesen haben. Wieder einmal wollte der General nichts wissen. Wider besseres Wissen mogelt er sich an der Wahrheit vorbei.

„Der (Müntefering) mag sie nicht zur Kenntnis genommen haben, aber daß er ‚niemanden‘ kenne, der die Auflistung der Spender kenne, ging schlicht an der Wirklichkeit vorbei: Sein Bürochef kannte sie.“ (FAZ 16.4.2002)

So konzentriert sich die Frage darauf, weshalb er nichts wissen wollte. Und da muß man sich wieder an den Parteisoldaten erinnern. Man darf lügen, um Schaden von der Partei abzuwenden. Man muß loyal sein – und man will die Wahlen gewinnen. Dazu muß der Generalsekretär als KAMPA-Chef geschont und die Führung vom Kölner Sumpf ferngehalten werden. „Tatsächlich trieb den SPD-General bei der Aufklärung der Parteispendenaffäre vor allem eine Sorge rum: Er wollte seine eigene Weste rein halten und sich nicht mit allzuviel Detailwissen belasten.“ (Spiegel Nr. 17 2002, Seite 35) Schließlich stand und steht er als ehemaliger Landesvorsitzender der SPD NRW unter Generalverdacht. Deshalb wurde bei den Widersprüchen, die sich zwischen den Aussagen der Schatzmeisterin und dem Generalsekretär ergaben, Müntefering geschont und die Schatzmeisterin fallen gelassen. Und die hatte immerhin zum Besten gegeben, der General hätte alle Unterlagen von ihr haben können. Sie hätten ihm „zur Verfügung“ gestanden. Aber der hat eben nicht gewollt. Auch dem Kanzler Schröder blieb nichts anderes übrig: „Wer meint, den Generalsekretär diskreditieren zu können, schadet der Partei“, meinte er. Und der Vorsitzende des Untersuchungsausschusses Neumann (SPD) tönte in gleicher Weise. Das Problem sei die Schatzmeisterin, - obwohl er öffentlich einräumen mußte, Müntefering hätte die Existenz der Liste im Ausschuß mitteilen müssen. Und der Fraktionsvorsitzende Struck sagte es noch deutlicher zur Schatzmeisterin: „Merkst Du denn nicht, daß die anderen den Franz demontieren wollen und Du für sie die Kronzeugin bist.“ Übereinstimmend wird landesweit in den Medien festgestellt, es handele sich bei Münteferings ständigem „weiß ich nicht“ um ein „vorsätzliches Nichtwissen“. So hat sich nach Informationen des Spiegel (Nr. 17, 2002) immerhin ein Mitglied der Bundesregierung geäußert. Die der Regierung wohl gesonnene Frankfurter Rundschau titelt ihren Beitrag zum Thema: „Gnadenlos von nichts gewußt.“ (13.4.2002) Auf diese Weise wolle er Schaden von sich und der Partei abwenden. Es sei also klar, meint Herbert Kremp: „Der General kannte die Frontlage, wollte aber im Bundestagsausschuß ‚wissensfrei‘ auftreten. Das ist schon sehr ungewöhnlich für den Chefaufklärer des SPD-Mauschel-Skandals.“ (Bild 15.4.2002)

Diese Taktik des vorsätzlichen Nichtwissens mußte zwangsläufig mit der zur Schau getragenen Aufklärungswut kollidieren. Angesichts dieser „unerbittlichen“ Aufklärungsbemühungen stellt sich zwangsläufig die Frage: „Und da schaute sich Müntefering einen – wenn auch vorläufigen – Bericht des Wirtschaftsprüfers Dieter Menger nicht mal an, bevor er im Untersuchungsausschuß Rede und Antwort stehen sollte? Er, der die SPD in Nordrhein-Westfalen kennt wie seine Westentasche, der dort Ortsvereinsvorsitzender und Unterbezirksvorsitzender war, Landesminister und Landesvorsitzender, interessiert sich nicht für eine Liste mit Namen seiner Genossen?“ (Focus Nr. 17/2002) Deutlicher wird der Kommentator der Welt: „Der SPD-Generalsekretär will offenbar unter allen Umständen verhindern, daß die trübe Brühe aus den Kölner Spendenkübeln doch noch in seine Parteizentrale schwappt und beginnt sich in seiner selbst gewählten Doppelrolle zu verheddern: Der des Aufklärers und der des brutalst möglichen Vorstoppers.“ Müntefering hat in jenen Tagen meist mehrmals täglich eine gnadenlose Aufklärungsstrategie verkündet. „Wenn er jetzt sagt, er sei damals an ungeprüften täglichen Wasserstandsmeldungen aus der Schatzmeisterei gar nicht interessiert

gewesen, war das mindestens rückblickend fatal“, meint die Frankfurter Rundschau, und das stimmt wohl. Da bleibt die brennende Frage: „Sollte Franz Müntefering wirklich der Einzige sein, der vom SPD-Filz in Nordrhein-Westfalen noch nie etwas gehört hat?“ (FAZ 22.3.2002)

Da wird man sich erinnern dürfen, welche Worte er fand, als es um die CDU-Vorderen und ihr Mitwissen ging: „Ich glaube aber, daß nicht nur Helmut Kohl, sondern viele, die um ihn herumgestanden sind, die in den Vorständen gewesen sind, das eine oder andere Anzeichen gesehen haben, auch etwas gewußt haben. Ich glaube, wenn der CDU-Bundesvorstand mal alles, was man weiß, offen auf den Tisch legen würde, wäre man schon ein Stückchen weiter.“ An diesen Worten muß er sich denn auch selber messen lassen. Wir dürfen also feststellen: Viele, die in NRW in den SPD-Vorständen waren, haben auch etwas gewußt. Wenn sie alles auf den Tisch packen würden, wären wir weiter.

Der aufklärungswütige Franz hat nichts, aber auch gar nichts, auf den Tisch gepackt, denn sein Name ist bekanntlich Hase. Aber wie reimt sich das, wenn er angesichts der CDU-Affäre sagt, in der SPD gebe es so etwas nicht? Da ist er ein Wissender, der seinen Laden kennen will. Und als sie die Wahrheit und Wirklichkeit widerlegen, da spielt er den tumben Toren, der von nichts von weiß.

Und dann ist da noch die Frage der Verantwortung gegenüber dem Staat und Steuerzahler. Die wird wahrgenommen durch die Bundespartei gegenüber dem Bundestagspräsidenten. Dies verpflichtet zur Prüfung der Vorgänge. Dafür muß ein Landesvorsitzender und später Generalsekretär geradestehen. Tut er aber nicht. Die Verantwortung lehnt er ab. Die FAZ fragt: „Und steht nicht der nordrhein-westfälische Landesverband, den Müntefering zuletzt geführt hatte, mit seinem Schatzmeister für die damals in den Rechenschaftsberichten der SPD gemachten Angaben gerade?“

Wie sagte doch einmal Manfred Rommel: „Es gibt in der Politik ein gewisses Aussteigertum. Es ist schlecht, wenn jemand aus der Verantwortung aussteigt, aber im Amt bleibt.“ Wie gesagt, es ist schlecht.

Dies kann ihm nach Lage der Dinge niemand abnehmen. Seine Grundkenntnisse über den Zustand und das von ihm immer wieder betonte Innenleben der Partei sind vorhanden. Oft genug hat er sie selbst bestätigt. Sein vorsätzliches Nichtwissen kann man ihm nicht abnehmen, seine Glaubwürdigkeit hat er verspielt.

Der Stoff eignet sich für ein absurdes Theater oder für Satire und Ironie. Ein solcher Beitrag soll dem Leser nicht vorenthalten bleiben. Und der stand in einem Blatt, das man nicht als konservativ bezeichnen kann.

6. „Selbst der Sauberste stinkt...“

Artikel Berliner Zeitung vom 11.3.2002 (von Christian Bommaris):

Drei gute Nachrichten haben die Sozialdemokraten in diesen für sie so unerbittlich harten Tagen erreicht.

Erstens steht fest, daß weder Franz Müntefering noch Wolfgang Clement, schon gar nicht Johannes Rau die geringste Ahnung von den bedauerlichen Zwischenfällen in Köln und Wuppertal hatten. Beweis: Alle drei haben entsprechende Behauptungen öffentlich zurückgewiesen; es ist nicht einmal sicher, daß sie von städtischen Agglomerationen namens „Köln“ und „Wuppertal“ jemals Kenntnis erlangten.

Zweitens ist erwiesen, daß nordrhein-westfälische Wähler in ihren Erwartungen an die NRWSPD (Parteilogo) keinesfalls enttäuscht, sondern Punkt für Punkt bestätigt worden sind. Beweis: Abfällige Bemerkungen und Gesten der Bevölkerung, die nicht erst seit kurzem, sondern seit Jahrzehnten jede Erwähnung der Partei üblicherweise begleiten.

Drittens: Die „NRWSPD“ steht nicht allein, in ihrer schwierigsten Stunde steigt ein Name aus der Versenkung, mit dem sich die besten Traditionen der Sozialdemokratie unauslöschlich verbinden. Beweis: Karl Wienand, vor ewigen Zeiten Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion, damals bekannt als „Einpeitscher“ und bemitleidet als treuester der treuen Paladine Herbert Wehners, soll Hellmut Trienekens, Chef einer Entsorgungsfirma und spendabler Sponsor der Kölner SPD, seit Jahr und Tag beraten und dafür 3,6 Millionen Mark kassiert haben.

Karl Wienand? Sollte es sich um jenen Wienand handeln, der 1975 wegen Steuerhinterziehung zu einer Geldstrafe von 102 000 Mark verurteilt wurde?

Oder ist es etwa jener Wienand, von dem Julius Steiner (CDU) behauptete, er habe 1972 im Auftrag der Stasi seine – Steiners – Stimme für 50.000 Mark im Mißtrauensvotum gegen Willy Brandt gekauft und so den Kanzler gerettet?

Es wird doch nicht etwa jener Wienand sein, der im Juni 1996 vom Oberlandesgericht Düsseldorf wegen Spionage für die DDR zu zweieinhalb Jahren Freiheitsstrafe plus Rückzahlung des Agentenlohns von einer Million Mark verurteilt und von Bundespräsident Herzog 1999 begnadigt wurde – allerdings mit fünfjähriger Bewährungsfrist und unter Aufrechterhaltung der Rückzahlungspflicht? Sollte es sich am Ende gar um jenen Wienand handeln, der in den späten 80er Jahren gegen ein Entgelt von 102.600 Mark Herrn Gauselmann – Vorsitzender des Verbandes der Deutschen Automaten- industrie – als „Türöffner“ zum Büro des NRW-Innenministers Herbert Schnoor (SPD) diente, damit Herr Gauselmann im Namen seiner Branche gegen drohende einschneidende Gesetze intervenieren könne?

Wenn es tatsächlich jener Wienand – inzwischen 75 Jahre – ist, dann hätte Trienekens allerdings mit dem Millionen-Honorar vielleicht ein gutes Werk bezweckt. Denn immer galt im Leben Wienands das große Wehner-Wort: „Selbst der Sauberste stinkt, wenn er in einen Eimer Scheiße steigt.“ Womöglich wollte Trienekens Wienand und andere Genossen davon überzeugen, im Eimer sei nicht Scheiße, sondern Geld. „Pecunia non olet“ (Geld stinkt nicht). Doch leider irrt hier der Lateiner – Herbert Wehner hat wie immer recht behalten.

7. Nur dem Nutzen der Partei verpflichtet

„Müntefering, des Kanzlers wichtigster Mann für's Parteiprofil, ist ramponiert.“ (Focus Nr. 17/2002)
Das ist der Mann, der in Deutschland die Mitte rot machen will, nachdem es seine „Neue Mitte“ nicht mehr gibt. Wie resümiert die FAZ zutreffend: „Nach einer beispiellosen Kette von Fehlleistungen der Bundesregierung – es hat dergleichen in der Geschichte dieses Landes noch nicht gegeben – wird jetzt Gift und Galle gespuckt, damit den ernüchterten Sozialdemokraten an der Basis die Lust am Wahlkampf nicht ganz vergeht.“

Als im März im Zusammenhang mit der Kölner Affäre das Wort Korruption fiel, wollte Müntefering dieses nicht hören. „Geben Sie mir ein Dokument, das diese Unterstellung beweist“, war seine knurrige Antwort auf bohrende Journalistenfragen. Er irrte sich, weil er meinte, in der SPD könne nicht sein, was nicht sein darf. Auf die Frage: „Falls Rot-Grün nicht wieder zustande kommen würde, wärst Du dann eher für Rot-Gelb oder eine große Koalition?“ Er antwortet wie gewohnt knapp: „Rot-Grün bleibt“. Er verdrängt, weicht aus.

Zu Stoiber sagte er am 4.6.2002: „Und er ist unehrlich, denn er verspricht, was er nicht halten kann“. Das sagt der, der seinen Kanzlerkandidaten sagen ließ und plakativ verkündete: „Wenn wir es nicht schaffen, die Arbeitslosigkeit signifikant zu senken, dann haben wir es nicht verdient, wiedergewählt zu werden.“ Erst versprach man eine Senkung auf 3 Millionen, dann auf 3,5. Müntefering hat reihenweise Versprechen gebrochen und wirft anderen Unehrlichkeit vor, die noch keines gebrochen haben. So ist er eben. Ein Malocher im Dienste seiner Partei. „Der Nutzen für seine Partei, so scheint es, sanktioniert alles“, heißt es in einem Portrait.

Kurze Sätze, steife Haltung, knarrende Stimme charakterisieren ihn. Angriffe führen nicht zur argumentativen Verteidigung, sondern in der Regel zu einfachen oft billigen Retourkutschen. „Beißfähigkeit“ ist eine Qualität, die er seinem Dienst zu schulden scheint. Alles orientiert sich am Nutzen der Partei. Notfalls muß die Wahrheit daran glauben.

Die Palmström-Logik, daß nicht sein kann, was im Sinne der SPD nicht sein darf, hat er ganz und gar verinnerlicht.

Verwundert es da, daß er bei Befragungen (ZDF-Politbarometer) unter den zehn wichtigsten Politikern nach Gysi (9) und Scharping (10) nicht auftaucht?